

der **Änderungsantrag Drucksache 17/7977 abgelehnt.**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse siebte über den Einzelplan 03 abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/8003, den Einzelplan 03 unverändert anzunehmen. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Einzelplan 03 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung.

Ich darf fragen, wer dem Einzelplan 03 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gibt es Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Neppe. Der guten Ordnung halber frage ich auch hier, ob es einen Abgeordneten oder eine Abgeordnete gibt, die sich der Stimme enthalten möchten. – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich in Übereinstimmung mit den Kollegen rechts und links von mir fest, dass der **Einzelplan 03 in zweiter Lesung in der Fassung der Beschlussempfehlung unverändert angenommen** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun auf:

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8005

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Voigt-Küppers das Wort. – Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Danke, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltsberatungen läuten traditionell das Ende des parlamentarischen Jahres ein. Ich möchte diesen Anlass nutzen, Ihnen für das Miteinander, aber auch für das Gegeneinander zu danken. Demokratie lebt von unterschiedlichen Meinungen. Sie auszutragen und den Kompromiss zu finden, ist unser aller Aufgabe.

Der Haushaltsentwurf ist im Grunde genommen die Erklärung der Regierung über das, was sie im nächsten Jahr tun möchte. Auch am heutigen Morgen habe ich mich sehr häufig gewundert, dass wir nicht über das diskutiert haben, was in der Zukunft geschehen soll, sondern über das, was in der Vergangenheit geschehen ist.

Nichtsdestotrotz möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass ich den meisten hier im Raume zugestehen, dass sie ihre Aufgaben ernst nehmen und in unserem Bereich ein zukunftsfähiges Bildungssystem für Nordrhein-Westfalen erstreiten wollen.

Dabei gibt es unterschiedliche Wege und unterschiedliche Ziele, aber es ist wichtig, dass wir dabei gut miteinander umgehen. – Auch Ihr Engagement, Frau Ministerin, schätzen wir und halten Ihre Mühen für aufrichtig. Doch bemüht zu sein, reicht nicht.

Und damit bin ich beim Thema. Sie haben mehrfach erwähnt, dass der Schuletat wächst – um 6,5 %, um die genaue Zahl zu nennen. Ich bin mir sicher, gleich werden Sie wieder sagen, dass Sie die Zahl der Lehrerstellen erhöht haben, dass die OGS-Pauschalen angehoben worden sind. Ich könnte diese Liste fortsetzen.

Das alles ist gut, das alles ist richtig. Ich möchte auch klar sagen, dass wir nicht alles schlecht finden, was Sie machen. Vieles ist sinnvoll und braucht unsere Unterstützung. Aber was Sie tun, reicht nicht.

Im Wahlkampf, Frau Ministerin, hat Ihre Partei erklärt, dass sie dafür sorgen wolle, dass wir die weltbeste Bildung bekommen. Tatsache ist heute nach wie vor, dass wir meilenweit davon entfernt sind, den OECD-Durchschnitt zu erreichen, von der Spitzengruppe ganz zu schweigen. Eine Änderung ist nicht von heute auf morgen zu schaffen – das ist uns völlig klar –, aber ein Änderungswille müsste sichtbar sein.

Wir erkennen allerdings keine Ambitionen, an diesem Status etwas zu ändern, und das, obwohl Ihr Anspruch – wie gerade festgestellt – der der weltbesten Bildung ist. Um wirklich weltbeste Bildung zu gewährleisten, braucht unser Bildungssystem strukturelle Änderungen und kein Klein-Klein.

Wir brauchen zum Beispiel einen schulscharfen Sozialindex. Den Antrag haben wir im April 2019 eingebracht, und Sie haben ihn abgelehnt. Stattdessen feiern Sie sich für 60 Talentschulen. Das ist Politik für die wenigen, nicht für die vielen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ein großes Streitthema ist „A13 für alle“. Auch heute Morgen haben wir das schon häufiger gehört. Wir wissen – das ist durch Gutachten bestätigt –, dass alle Lehrerinnen, ob in Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien oder Gesamtschulen die gleiche Ausbildung haben.

Auch Sie bestätigen immer wieder, dass man bei gleicher Ausbildung das gleiche Einstiegsamt haben müsste. Allein, der Wille ist da, das scheint aber bei Ihrem Finanzminister nicht angekommen zu sein. Eigentlich finde ich es ausgesprochen schade, wenn man sagen muss: Die Bildungspolitik wird nicht von Bildungspolitikern, nicht von der Schulministerin gemacht, sondern vom Finanzminister gesteuert – der jetzt nicht da ist –, der letztendlich die Standards festlegt.

(Beifall von der SPD, Sigrid Beer [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE])

Wenn man sich die Zahl der Lehrer anguckt, die an den Grundschulen fehlen und an den Gymnasien überhängig sind, stellt man fest, dass die Grundschulen rund 15.000 Lehrer zu wenig und die Gymnasien 15.000 zu viel haben. Da liegt die Erklärung nahe, dass junge Menschen sagen: „Wenn ich am Gymnasium mehr verdiene, gehe ich lieber ans Gymnasium; die Ausbildung ist ohnehin die gleiche, das lohnt sich mehr“, wobei ich keinem der jungen Menschen unterstelle, dass sie ihre Berufswahl nicht auch nach Neigung trafen.

A13 wäre unser wirksamstes Instrument gegen den Lehrermangel.

Stattdessen haben Sie jetzt, um Lösungen bemüht, eine Zulage für Standorte mit besonderen Herausforderungen angekündigt: 350 Euro für zwei Jahre. – Entschuldigung, Frau Ministerin, ich erlaube mir, zu sagen: Das ist gut gemeint aber nicht gut gemacht. Ich glaube, das wird für mehr Unruhe an den Schulen sorgen, als dass es uns helfen wird. Viele Lehrer, die seit vielen Jahren engagiert an den Schulen arbeiten, werden das Gefühl haben: Meine Arbeit wird nicht wertgeschätzt. Jungen Hochschulabsolventen gibt man mehr als mir, obwohl ich mich jahrelang bemüht habe.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ein Argument, das immer wieder in unserer Debatte fällt, ist: Wir tun doch einiges. Wir haben in diesen Haushalt 1.200 Stellen mehr eingestellt, als es bis jetzt der Fall gewesen ist.

Ich habe Ihnen in der letzten Diskussion schon entgegnet: Es ist wunderbar, dass 1.200 Stellen mehr da sind. Diese aber nicht besetzen zu können, bedeutet letztendlich: Der Haushalt sieht zwar wunderbar aus, den Schulen ist damit allerdings nicht geholfen.

Wir haben den Antrag gestellt, das Geld, das Sie dafür im Haushalt veranschlagt haben, den Schulen zur Verfügung zu stellen. Diesen Antrag haben Sie auch abgelehnt.

Eines meiner Lieblingsthemen sind die OGS-Bemühungen. Ich erlaube mir, zu sagen: Es sind wirklich nur Bemühungen. Sie werden erwidern: Wir haben die Platzzahl erhöht, wir haben die Pauschalen erhöht. – Dennoch wissen Sie genauso gut wie ich, dass das alles nichts nützt.

Wir müssten grundsätzlich über die OGS und ihre Strukturen reden. Sie wissen genau, dass das, was in der Finanzierung schwierig, bei Weitem nicht ausreicht – nicht wegen der Geldmenge, sondern weil die komplizierte Finanzstruktur der OGS Ursache des Problems ist.

Auch dazu haben wir einen Antrag gestellt. Sie teilen uns mit, dass Sie daran arbeiten. Lassen Sie uns doch an Ihren Erkenntnissen teilhaben. Wir sind

gerne bereit, mit Ihnen gemeinsam nach weittragenden Lösungen zu suchen.

Das gilt ebenso für den Rechtsanspruch. Wir alle wissen, dass 2025 der Rechtsanspruch kommt. Wir alle wissen, dass die Bundesfamilienministerin gesagt hat, sie werde ihn mit 2 Milliarden Euro unterstützen.

Sie, Frau Ministerin, haben an dieser Stelle erklärt: Das ist bei Weitem nicht ausreichend, und sollte diese Zahl nicht erhöht werden, ist Nordrhein-Westfalen nicht dabei.

Diese Aussage habe ich sehr wohl zur Kenntnis genommen. Allein, mir ist nicht klar, was stattdessen in Nordrhein-Westfalen passiert. Ich habe auch keine Äußerungen von Ihnen dazu gehört. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Rechtsanspruch in allen Bundesländern gelten soll, nur in Nordrhein-Westfalen nicht, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, das komplizierte Strukturen und eine sehr vielfältige Schullandschaft hat.

Das kann ich so nicht goutieren. Ich kündige heute schon an, dass wir nicht nachlassen, Antworten von Ihnen zu fordern, wie der Rechtsanspruch in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird.

Übrigens wäre der Rechtsanspruch ein wunderbares Thema für den Nationalen Bildungsrat gewesen. Aber ich habe vernommen, dass unser Ministerpräsident, der beratend an den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene teilgenommen und sich sehr wohl für einen Nationalen Bildungsrat eingesetzt hat, heute froh darüber ist, dass er gescheitert zu sein scheint. – Der Zeitung ist zu entnehmen, dass Sie, Frau Ministerin, das erleichtert zur Kenntnis genommen haben.

Wir halten die Finanzstruktur im Bildungsbereich für nicht mehr zeitgemäß und sind der Meinung, dass man sie ändern muss. Der Nationale Bildungsrat wäre durchaus eine gute Chance gewesen. Übrigens: Die Bundesbildungsministerin stammt aus Nordrhein-Westfalen.

Ich könnte noch viele Fragen stellen. Wie gehen Sie weiter mit „Gute Schule 2020“ um? Es gibt keine Absichtserklärung, das Programm läuft aus.

Der Masterplan Grundschule war hier immer Gegenstand von Diskussionen. Dazu gibt es keine Aussage von Ihnen.

Wie gesagt, es gibt viele Punkte, bei denen Sie erklären, dass noch etwas gemacht werden muss. Was das ist, können wir aber nicht erkennen.

Ich stelle fest: Sie regieren seit zweieinhalb Jahren und geben immer noch für alles Rot-Grün die Schuld.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Absichtserklärungen, was Sie in Zukunft machen wollen, gibt es nicht. Deshalb sage ich Ihnen gerne noch einmal: Der Wahlkampf ist vorbei. Sie haben die Mehrheit. Die Menschen warten darauf, dass Sie regieren, dass Sie umsetzen, was Sie angekündigt haben.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Meine Damen und Herren, ich stelle abschließend fest: Der große Wurf bleibt aus. Sie liefern Stückwerk ab, wo es ein geschlossenes Konzept bräuchte. Wir brauchen Bildungspolitik für die vielen und nicht für die wenigen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Voigt-Küppers. – Als nächster Redner spricht nun für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Rock.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frank Rock³⁾ (CDU): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerne möchte ich hier aus der Sicht der CDU-Fraktion zum Bildungshaushalt Stellung nehmen. Der Bildungshaushalt 2020 ist transparent und klar. Er stellt die wichtigen und richtigen Weichen für eine bessere Bildung in unserem Land.

Die NRW-Koalition handelt wieder nach dem Dreiklang „zuhören – hier vielleicht mehr: analysieren –, entscheiden und handeln“, auch wenn der Kollege Zimkeit das bezweifelt. Wir handeln hier zielgerichtet für eine bessere Bildung in unseren Schulen. Wir entscheiden und analysieren auf der Grundlage von Fakten, Daten und tiefgreifenden Gesprächen, und das vor allem nicht ideologisch. Das unterscheidet uns ganz stark von vielen anderen hier.

Liebe Frau Voigt-Küppers, wir feiern nichts, auch nicht die Talentschulen, sondern wir arbeiten jeden Tag im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein anwesender Kollege bezeichnete die politische Auseinandersetzung nach einer meiner ersten Sitzungen als Neuling vor gut zwei Jahren als „Theater“. Damals konnte ich ihm nicht folgen. Heute möchte ich dies als Mitglied einer regierungstragenden Fraktion entschieden von mir weisen. Im dritten Jahr der Haushaltseinbringung und -verabschiedung nun habe ich verstanden, was er meinte; denn unsere Opposition hier im Hohen Haus versteht die Haushaltsberatungen anscheinend mehr als Schauspiel bzw. Theater. Ich vermisse hier tatsächlich – das hat

der vorherige Beitrag gezeigt – eine sachliche Auseinandersetzung mit den zukünftigen Herausforderungen, vor denen unsere Schulen stehen.

Auf der einen Seite würdigen Sie im Ausschuss die deutliche Erhöhung des Bildungsetats – auch eben noch –, sagen aber auf der anderen Seite, dass Visionen, die richtigen Weichenstellungen und vor allem Investitionen fehlen. Das ist mitnichten so. Rot-Grün spricht immer sehr staatstragend, vor allem der Kollege Ott, vom gemeinsamen Vorgehen, von gemeinsamen Anträgen.

(Jochen Ott [SPD]: Da sehen Sie mal, wie staatstragend ich bin!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen 2022 wiedergewählt werden. Das schaffen wir nicht mit Ihren Ideen der Schulpolitik. Eigentlich müsste Ihnen das Jahr 2017 noch sehr präsent sein.

In der Sache, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, sollten Sie sich doch endlich mal ehrlich machen. Wie bewerten Sie denn Ihre gemeinsame Regierungszeit?

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Frau Voigt-Küppers und Herr Ott betonen häufig, dass man Fehler gemacht habe, dass man heute vieles anders machen würde. Man hörte schon, dass es ein Fehler gewesen sei, den Grünen das Feld der Bildung zu überlassen.

Von Frau Beer hingegen hören wir bis zum heutigen Tag kein Wort in diese Richtung, ganz im Gegenteil. Jede noch so gescheiterte Maßnahme der Vergangenheit – nennen möchte ich zum Beispiel das Ausbleiben der Lehrkräfteprognose – wird in langen Ausführungen entschuldigt und schön geredet,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wir reden über den Haushalt 2020!)

und das sogar, obwohl selbst die frühere Bildungsministerin, Frau Löhrmann, längst Fehler im Bereich der Inklusion eingestanden und sich dafür entschuldigt hat.

Das ist nicht unser Politikverständnis. Wir sprechen Dinge klar an, sagen, was aktuell möglich ist und wofür wir noch Zeit benötigen, auch wenn bereits deutliche Erfolge festzustellen sind, zum Beispiel bei der Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte.

Ich zeige Ihnen anhand von fünf Punkten die Grundausrichtung des Bildungshaushaltes auf.

Erstens: mehr Investitionen. In den Jahren 2012 bis 2014 stieg der Bildungsetat insgesamt um rund 1,3 Milliarden Euro, in den Folgejahren 2015 bis 2017 um 1,6 Milliarden Euro. In der Zeit von 2018 bis 2020, nach der Regierungsübernahme, stieg er um insgesamt 2 Milliarden Euro. Um im Bild der Schule zu bleiben: Hier kann jede Grundschülerin, jeder Grundschüler erkennen, wer mehr in die Bildung investiert.

Die NRW-Koalition investiert 25 % des Gesamthaushaltes in die Bildung.

(Marc Herter [SPD]: Das war früher ganz anders!)

Wir erhöhen die Schul- und Bildungspauschale im Haushalt 2020 um weitere 17 Millionen Euro auf insgesamt 676 Millionen Euro. Diese steht den Schulträgern zur Verfügung, um an den Schulen Investitionen zu tätigen, übrigens auch im Bereich der Digitalisierung.

Zweitens: mehr Mittel für eine bessere Inklusion an allgemeinbildenden Schulen und für Qualitätserhalt an unseren Förderschulen. Ja, es stimmt, wir haben umgesteuert. Ja, wir haben den Schulen die Möglichkeit gegeben, sich klar zur Inklusion zu bekennen, und unseren hervorragenden Förderschulen neue Perspektiven eröffnet. Die zentrale Veranschlagung von insgesamt fast 6.800 Planstellen für die Neuausrichtung in den nächsten Jahren schlägt auch in diesem Jahr mit 840 Stellen zu Buche. Dazu kommen weitere 200 Tarifstellen für multiprofessionelle Teams in der Sekundarstufe I.

Ich möchte die Chance wahrnehmen, mit Erlaubnis der Präsidentin Hubert Hüppe, den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, zu zitieren: „Wer Inklusion will, sucht Wege, wer sie verhindern will, sucht Begründungen.“ Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir jeden Tag Wege suchen, um die Inklusion in unseren Schulen zu verbessern. Deshalb auch der Appell an Sie: Hören Sie auf, uns zu unterstellen, wir wollten die Inklusion nicht. Das ist unredlich und falsch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens. Wir stärken den offenen Ganzttag. Wir verbinden den Ausbau um weitere 6.570 Plätze mit einer weiteren Erhöhung der Landesmittel um 3 % auf nunmehr 954 Euro bei einfacher Förderung und 1.720 Euro bei erhöhter Förderung. Damit stieg der Fördersatz seit 2018 um ganze 23 %. – Liebe Frau Voigt-Küppers, dass das nicht nichts ist, können die Kommunen und die Träger vor Ort spüren. Das hat deutlich zu einer Verbesserung geführt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die haushalterischen Voraussetzungen für die Erhöhungen zugunsten der Träger sind unsererseits landesseitig geschaffen worden. Wir sehen aber die kommunale Familie in der Verantwortung, in der Pflicht, diese Mittel auch für die Erhöhung der Kindpauschalen in den Gemeinden und Städten zu nutzen. Insgesamt stehen in NRW damit zum Jahr 2020 330.000 Plätze zur Verfügung.

Viertens: mehr Stellen und Lehrkräfte für beste Bildung in unserem Land. – Ja, auch wir wissen, liebe Frau Voigt-Küppers, dass eine Stelle noch keine

Lehrkraft ist. Die Ursachen heute nochmals aufzuführen und den Blick in die Vergangenheit zu richten, ist unpassend, aber das würde ohnehin nur – der eine oder andere hat es schon angesprochen – die Verfehlungen der Vorgängerregierung darlegen.

Eine Bitte habe ich an die Grünen-Fraktion und vor allem an Frau Beer: Liebe Frau Beer, versuchen Sie Ihre Verfehlungen nicht immer zu entschuldigen bzw. den Sachverhalt schönzufärben, sondern sagen Sie doch einfach mal, dass zu wenig getan worden ist. Es fehlen jetzt die Lehrerinnen und Lehrer, weil Sie zu Ihrer Zeit keine ausreichenden Studienkapazitäten geschaffen haben. Aber nein, das können Sie nicht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Frank Müller [SPD]: Sigrid, sag doch mal was!)

Wir handeln mit dem groß angelegten Ausbau weiterer Studienplätze in den Lehrämtern Grundschule und Sonderpädagogik. Wir schaffen 700 Plätze für das Lehramt der Primarstufe und 750 für den Bereich der Sonderpädagogik. Hier handeln wir, wie in vielen anderen Bereichen auch. – Ich finde es sehr schade, Frau Voigt-Küppers, dass Sie das nicht wahrnehmen und ernst nehmen.

Insgesamt sind seit der Regierungsübernahme 2017 über 3.000 Stellen für das Lehren an unseren Schulen geschaffen und auch ausfinanziert worden. Weitere folgen noch.

Die Bemühungen der Ministerin und des Hauses, mit dem jetzt vorliegenden, schon dritten Maßnahmenpaket jede weitere Möglichkeit auszuschöpfen, dem Lehrermangel zu begegnen, sind in der Geschichte Nordrhein-Westfalens einmalig. – Liebe Yvonne Gebauer, hierfür möchte ich mich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen herzlich bedanken. – Da kann man auch mal applaudieren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Regierung aus Koma erwacht! – Gegenruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, dass im Gegensatz zu vorherigen Regierungszeiten die tariflichen Erhöhungen im öffentlichen Dienst eins zu eins umgesetzt worden sind.

Fünftens. Wir stärken dort, wo die Herausforderungen besonders groß sind. Das Ministerium arbeitet zurzeit an einem Konzept für die sozial indizierte Personalplanung. Dies hat die Ministerin mehrfach erwähnt. Mit der Erhöhung der Stellen für multiprofessionelle Teams, aber auch mit der Ausweitung der Zahl der sozialpädagogischen Fachkräfte um den Faktor drei in den Grundschulen haben wir diese besonders gestärkt.

Mit dem Talentschulversuch haben wir 60 Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, mit einem Stellenaufschlag von 20 % unterstützt und

auch den Fortbildungsetat erhöht. Wir sichern an Realschulen die Hauptausbildungsgänge, verbessern den Stellenanteil an Gesamtschulen von 44 auf 47 % und besetzen 50 neue Stellen für die Schulpsychologie in den regionalen Schulberatungsstellen. Wir schaffen Anreize für Kolleginnen und Kollegen, die sich auf Stellen bewerben, welche wiederholt nicht besetzt worden sind. All das stärkt Schulen in ihrem Umgang mit besonderen Herausforderungen.

Ich möchte zum Ende kommen. – Schon Berthold Beitz, ein deutscher Nachkriegsindustrieller, wusste – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: „Man kann nicht heute Apfelbäume pflanzen und schon im nächsten Jahr die Früchte ernten.“ In diesem Sinne werden wir weiterhin Apfelbäume pflanzen in dem Wissen, dass sie Früchte tragen werden. Und im Sinne der aktuellen Klimadebatte werden wir damit auch noch etwas für den Umweltschutz tun.

(Frank Müller [SPD]: Wenn man die Bäume am falschen Platz pflanzt, dann bringt es nichts!)

Um beim Bild des „Theaters“ zu Beginn der Rede zu bleiben:

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Ich frage mich immer mehr, ob der Kollege ein Drama, eine Tragödie oder Comedy meinte. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rock. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Beer das Wort.

(Jochen Ott [SPD]: Immerhin haben Sie den Einsatz nicht verpasst! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Rock, Sie sagen: Sag doch mal, Frau Beer. Ich möchte sagen: Hör doch mal zu, Herr Kollege Rock. – Das wäre auch ganz gut.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Immerhin scheint es ein bisschen funktioniert zu haben; denn bisher lautete Ihre Legende immer, wir hätten in sieben Jahren nichts getan. Dazu muss ich leider sagen, dass wir etwas getan haben. Ich habe immer betont – das scheint noch nicht durchgesickert zu sein –, an manchen Stellen sei nicht genug getan worden. Dennoch haben wir etwas getan.

Wir haben die Lehrerausbildungsplätze um 1.100 Stellen aufgestockt. Wir haben sonderpädagogische Studienplätze geschaffen. Wir haben noch zuletzt

2015/2016 – schauen Sie auf die Seite des Wissenschaftsministeriums – in einer Sondervereinbarung die Masterplätze für das Grundschullehramt aufgestockt. Zugestanden, das waren auch zu wenig.

Aber die letzte Sondervereinbarung mit den Hochschulen stammt aus der vorherigen Legislaturperiode. Die Ankündigung neuer Studienplätze ist leider noch gar nicht mit Vereinbarungen mit den Hochschulen unterlegt, Herr Kollege Rock. Warten wir darauf, was dann kommt. Es ist trefflich, das anzukündigen, aber es ist überhaupt noch nicht unterlegt.

Wir werden auch noch darauf eingehen, wie die bisherigen Aufwüchse von den Hochschulen finanziert worden sind, nämlich wahrscheinlich aus Eigenmitteln. Lassen Sie uns darüber reden.

Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Es ist gut, dass die Aufstockungen im Bildungsbereich von der neuen Landesregierung fortgeführt worden sind.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Ich bin über jeden Cent dankbar – das sage ich auch zum wiederholten Male; ich hoffe, jetzt kommt es endlich an –, der im Schuletat aufgestockt wird. Aber auf bestimmte Dinge warten wir noch heute, und da bleiben Sie in Ihrem Regierungshandeln leider hinter den Erwartungen zurück.

Ein Thema haben wir heute noch gar nicht gehört – dazu will ich die Ministerin fragen –: Es geht um das Haushaltsjahr 2020. Wir haben ein Programm, mit dem Sie gern in den Kommunen hausieren gehen, das Sie vorher abwenden wollten und als Eingriff in kommunale Selbstverwaltung verteufelt haben. Das Programm „Gute Schule 2020“, aufgelegt von Rot-Grün, läuft 2020 aus. Was ist mit einer Fortführung? Dazu wollen die Kommunen etwas hören, dazu wollen die Schulen etwas hören. Kein Wort, keine Frage, bisher ein Stochern im Nebel.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE] und von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Ich würde gern wissen, wie es dabei vorangeht. Ja, Sie stocken bei den Studienplätzen auf. Das ist richtig und gut so. Sie stocken auf im Bereich von Lehrerplätzen. Das ist richtig und gut so. Aber es kann nicht sein, dass die Mittel zu einem großen Anteil gar nicht ausgegeben werden.

Ich bleibe bei meinem Satz – das ist immer noch so –: Das größte Sparschwein des Finanzministers steht im Büro der Schulministerin.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE] – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: So ist es!)

Ich finde, das ist noch eine freundliche Beschreibung der Situation. Ich könnte es auch mit den Worten des VBE-Chefs in NRW, Stefan Behlau, sagen, der im Editorial der Ausgabe 11/2019 von „Schule heute“ sagt – ich zitiere –:

„Auch die Trickereien des Finanzministers, der den Etat des Schulministeriums stellenmäßig erhöht, damit eine überproportionale Steigerung des Bildungshaushalts suggeriert, wohlwissend, dass die meisten Stellen leerlaufen werden und somit seiner ‚schwarzen Null‘ und der sogenannten Haushaltskonsolidierung mehr dient als den Schulen in NRW, waren leider kein Thema.“

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Globale Minderausgaben!)

Das ist es einfach. Das ist eine zutreffende Zustandsbeschreibung.

Eines können wir immerhin feststellen: Die Ministerin gesteht mittlerweile öffentlich ein, dass es sehr wohl an der Bezahlung liegt, Stellen im Schulbereich zu besetzen. Das belegt ihr drittes Maßnahmenpaket. – Aber der Versuch, Frau Ministerin, temporär Gehälter zu erhöhen, wird sich in der Frage des Lehrermangels nicht als Durchbruch erweisen.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Keine Erhöhung!)

Das hat auch in anderen Bundesländern nicht durchschlagend funktioniert, das bringt keine neuen Lehrkräfte. Außerdem – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – fällt die Laufzeit dieser temporären Maßnahme dann mit dem Ende Ihrer Regierungszeit zusammen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Verrückt!)

Ja, Sie führen die Maßnahmen fort, die schon in der letzten Legislaturperiode begonnen wurden, und bauen sie – das ist richtig – weiter aus: Pensionärinnen gewinnen, Einsatz von Sek.-II-Lehrabsolventinnen. Aber die notwendige Besoldungserhöhung auf A13 für die Grundschul- und Sek.-I-Lehrkräfte bleibt immer noch aus.

Was Sie mit Ihrer temporären Prämie bewirken werden, ist vor allen Dingen Frust und Ärger in den Schulen und bei den Grundschullehrkräften, die schon jahrelang in herausfordernden Lagen engagierte und herausragende Arbeit leisten.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Jetzt bekommen diejenigen, die sich an solche Standorte begeben, die Zulage, Sie tun aber nichts für die Bestandslehrkräfte. Deswegen ist das Problem nicht gelöst.

Ich sage: Gehen Sie doch endlich auf unseren Vorschlag ein, einen Stufenplan zu machen. Ich habe immer von einem realistischen Szenario gesprochen. Wir müssen zu einer Vereinbarung mit den Lehrerverbänden kommen, das muss endlich auf den Weg gebracht werden. Darauf warten die Lehrerverbände, die Grundschullehrkräfte und die Sek.-I-Lehrkräfte bis heute.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Genau vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle schon einen Vorschlag für einen Grundschulpakt gemacht. Mehr als 22.000 Lehrkräfte arbeiten in Teilzeit. Wir müssen uns darüber unterhalten, was wir tun können, um Teilzeitkräfte mehr in die Schule zu holen, sie zur Aufstockung von Stunden zu bewegen.

Schmieden Sie kommunale Bündnisse mit den Schulträgern, um Kitaplätze in der Nähe der Schulen bereitzustellen. Bieten Sie da die Besoldungserhöhung sofort an. Schaffen Sie Entlastungen für Lehrkräfte an herausfordernden Standorten mit Absenkung der Unterrichtsverpflichtung und Verwaltungsentlastung.

(Marc Herter [SPD]: Genau!)

Das schafft systematisch und systemisch die nötigen Anreize

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE] – Vereinzelt Beifall von der SPD)

und nicht das, was Sie mit kleinen Maßnahmen wie bei einem Flickenteppich zusammenschustern. Es wäre ein Ansatz mit Breitenwirkung. Klotzen statt kleckern – das ist in diesem Fall wirklich notwendig. Aber ich glaube, auch dazu hat die Landesregierung keine Kraft.

Wann nehmen Sie Ihre Regierungsverantwortung endlich wahr? Ich nehme nicht wahr, dass die regierungstragenden Fraktionen gestalten.

(Jochen Ott [SPD]: Ein Antrag in drei Jahren!)

Sie lösen die Frage der Sek.-II-Lehrkräfte in den Grundschulen nicht, wenn Sie nicht die A13-Lösung herbeiführen. Dann verbleiben sie dort nicht. Da können Sie noch alle möglichen Dinge auf den Weg bringen, auch das, was das 15. Schulrechtsänderungsgesetz anbietet, das wird nicht gelingen.

Der Staatssekretär hat die Ausrollung von LOGINEO angekündigt. Ich hoffe, dass das jetzt nach den Wehen, die damit verbunden waren, gut läuft und für die Schulen tatsächlich etwas bringt. Aber das Ausrollen zu verkünden und sich gleichzeitig wieder einmal vor der Frage zu drücken, was das für die Standards der digitalen Ausstattung mit Endgeräten für die Lehrkräfte heißt, das funktioniert nicht.

Den Schwarzen Peter an die Schulträger zu schieben, die dann entscheiden, ob sie 20 % der Mittel in digitale Endgeräte für Lehrkräfte oder in die Ausstattung von Lerngruppen investieren, ist auch nicht der richtige Weg. Den Schwarzen Peter haben die Schulträger. Sie schieben wieder einmal Verantwortung vor sich.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Im Gegensatz zu den Tönen des Kollegen Witzel heute früh hat sich die Situation in der Inklusion nicht verbessert.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Das hat die Tagung der Eltern der Gesamtschulen und Sekundarschulen in NRW am vergangenen Samstag sehr deutlich gemacht. Das war nur ein Spotlight. 20 % der Schulen haben geantwortet, und diese 20 % haben gesagt, sie kämen mit den Ressourcen nicht klar, die angekündigten Ressourcen seien nicht da.

Aber ich will mich noch sehr positiv äußern und mich dafür bedanken, dass zumindest eine Frage am letzten Samstag abgeräumt worden ist: Der „Holweide-Erlass“ ist nicht mehr strittig. Er soll bestehen bleiben, wie der Staatssekretär verkündet hat. Das ist gut.

Allerdings haben wir an einer anderen Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen die nächste Baustelle. An der vierten Aachener Gesamtschule soll nämlich auch die pädagogische Freiheit eingeschränkt werden – ausgerechnet bei einem Modell des außerschulischen Lernens, das an einer anderen Schule in Nordrhein-Westfalen, nämlich an der Matthias-Claudius-Schule in Bochum, mit dem Jakob Muth-Preis ausgezeichnet worden ist. Die Bochumer Schule hat sich dieses Modell der Herausforderung des Lernens außerhalb der Schule übrigens ausgerechnet von der vierten Aachener Gesamtschule abgeguckt.

Ich bitte darum, dass die pädagogische Freiheit auch der Aachener Gesamtschule und vieler anderer Schulen erhalten bleibt. Das ist richtig. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Wir werden dazu auch einen Ausschussbericht anfordern, damit wir in der nächsten Woche darüber sprechen können.

Ich will an dieser Stelle noch einmal betonen: Ja, es kann gerne Kooperationen geben. Ich bin sehr dafür, dass wir gemeinsam daran arbeiten, sodass die langen Linien über Legislaturen hinaus gemeinsam getragen werden. Das betrifft die Frage von Ausbildungsplätzen und die Frage von weiterem Aufwuchs im System, aber auch die Frage der verlässlichen Maßnahmen gegen den Lehrermangel und die Frage der Besoldungserhöhung, die jetzt endlich gelöst werden sollten und auf die Sie heute und im kommenden Haushalt wieder keine Antwort gegeben haben. Das ist die große Enttäuschung in den Schulen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Kollegin Müller-Rech das Wort. Bitte sehr.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Einzelplan 05, der den Bereich Schule und Bildung beinhaltet, ist auch für das kommende Jahr vom Volumen her mit knapp 20 Milliarden Euro der größte

Einzelplan des Gesamthaushalts in Nordrhein-Westfalen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das ist keine Besonderheit!)

– Ich komme noch zu der Besonderheit, Frau Kollegin; keine Sorge. Ein bisschen Geduld ist hier angemessen, glaube ich. – Während der Gesamthaushalt im Vergleich zu 2019 um 2,5 % steigt, steigt der Schulhaushalt nämlich um 6,5 %, also überproportional. Das ist eine besonders gute Nachricht für unsere Schülerinnen und Schüler sowie alle Lehrkräfte und anderen Menschen, die im Lebensraum Schule unterwegs sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mit diesem Haushalt zeigt die Landesregierung wieder einmal deutlich, wie hartnäckig und entschieden wir weiter unser Ziel verfolgen, das Land NRW im Bildungsbereich wieder an die Tabellenspitze zu bringen.

Dabei ist nicht nur, Frau Kollegin Voigt-Küppers, der Wille erkennbar, sondern es ist auch erkennbar, dass wir auf einem guten Weg sind. Wir alle sind viel im Land unterwegs. In den Schulen, bei denen ich zu Gast bin, wird mir signalisiert, dass die schwarz-gelbe Landesregierung bereits viel erreicht hat, sich eine deutliche Trendwende im Bildungsbereich erkennen lässt und der positive Richtungswechsel spürbar ist.

Natürlich – daraus mache ich auch keinen Hehl – bleibt noch viel zu tun, was allerdings auch an dem schwierigen Erbe liegt, das uns hinterlassen wurde. Aber wir kommen jeden Tag ein Stück weiter – und das, ohne neue Schulden zu machen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte heute vier Punkte hervorheben, die uns Freien Demokraten im Haushaltsplan für 2020 besonders wichtig sind.

Ich beginne – erstens – mit den Personalausgaben, dem größten Teil. Mit dem Haushalt 2020 stellen wir nahezu 950 zusätzliche Stellen bereit. Darüber hinaus werden 324 kw-Vermerke gestrichen und das Budget für die Fortführung dieser Stellen bereitgestellt, damit diese auch dauerhaft gesichert werden. Damit hat die schwarz-gelbe Landesregierung seit 2018 mehr als 6.300 kw-Vermerke gestrichen. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um dem Personalmangel an unseren Schulen langfristig entgegenzuwirken.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich komme zu meinem zweiten Punkt, der Inklusion. Wir wissen alle, dass die schulische Inklusion so, wie sie von unseren Vorgängern umgesetzt wurde, mitunter unser größtes und schwierigstes Erbe ist. Wir

müssen weiter daran arbeiten, dass die Inklusion an den NRW-Schulen von allen Beteiligten nicht mehr als Belastung, sondern als gesellschaftlicher Erfolg empfunden wird. Auch hier sind wir auf einem guten, richtigen Weg, den wir konsequent Schritt für Schritt weitergehen werden.

Dabei sind drei wichtige Punkte die Bündelung der Ressourcen, verbindliche Qualitätsstandards und die bessere Ausstattung der Schulen des Gemeinsamen Lernens.

Im Haushalt 2020 stellen wir insgesamt 10.197 Stellen für die Schulen des Gemeinsamen Lernens der Sekundarstufe I bereit. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein weiteres Plus von 840 Stellen, von denen 640 Planstellen und 200 Tarifstellen für multiprofessionelle Teams sind.

Wie Sie sehen, lassen wir unseren Worten Taten folgen und führen die notwendigen Korrekturen zur besseren Organisation der Inklusion konsequent fort.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mein dritter Punkt ist der Offene Ganzttag. Ich möchte für die Freien Demokraten und für die NRW-Koalition an dieser Stelle noch einmal in aller Deutlichkeit betonen, dass die OGS keine staatliche Verwahranstalt ist.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das hat auch keiner gesagt!)

Die OGS ist nicht nur ein wichtiger Faktor, wenn wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern wollen, sondern auch aus sozialer Sicht ein enorm wichtiges Bildungsangebot – und das nicht nur in den Stadtteilen mit den großen sozialen Herausforderungen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wohl wahr!)

Klar formuliert: Der Offene Ganzttag ist unabdingbarer Bestandteil unseres Bildungssystems.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das stellt keiner infrage!)

Ein erster und wichtiger Schritt war die Flexibilisierung der Teilnahmeregelung. Ministerin Gebauer hat mit einem Erlass zu Beginn ihrer Amtszeit diese Frage befriedet und zur Zufriedenheit von Eltern und Trägern geregelt.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das höre ich anders!)

Jetzt geht es Schritt für Schritt um die Sicherung und Steigerung der Qualität des Angebots und natürlich den weiteren Ausbau der OGS-Plätze.

Im Haushalt 2020 finden wir die Qualitätssteigerung wieder mit fast 564 Millionen Euro. Das ist ein Plus von rund 17 Millionen. So haben wir den Fördersatz

von 926 auf 954 Euro angehoben und für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf von 1.670 auf 1.720 Euro erhöht.

Zudem ist es uns gelungen, zusammen mit den Kommunen die Anzahl der Plätze auszubauen, sodass wir ab dem kommenden Schuljahr 2020/2021 mit der Rekordzahl von 329.670 Plätzen im Land planen. Das sind 22.000 Plätze mehr als noch im Jahr 2017.

Liebe Kollegin Frau Voigt-Küppers, ich muss Ihnen widersprechen: Das ist eindeutig nicht nutzlos.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Abschließend komme ich zu dem vierten Punkt. Er ist vielleicht im Haushalt etwas kleiner, aber liegt mir persönlich sehr am Herzen. Das sind die Gedenkstättenfahrten. Die politische Bildung und das Bewusstsein für die deutsche Geschichte sind ein wichtiger Faktor der Allgemeinbildung. Schulfahrten zu Gedenkstätten insbesondere der nationalsozialistischen politischen Gewaltherrschaft im Inland und im europäischen Ausland möchten wir verstetigen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass diese Fahrten verstärkt auch zu Gedenkorten des DDR-Unrechts stattfinden können.

Bereits im Haushalt 2019 haben die regierungstragenden Fraktionen den Mittelansatz von 250.000 Euro auf 500.000 Euro verdoppelt. Mit dem Haushalt 2020 verdoppeln wir die Mittel erneut, weil das Angebot von den Schulen erfreulicherweise so gut angenommen wird.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich freue mich sehr darüber, dass dieser Haushaltspunkt auch auf breite Unterstützung der Oppositionsfraktionen stößt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich auch schon zum Schluss. Mit Investitionen in Bildung erfüllen wir Politiker den Auftrag, für den wir gewählt wurden. Wir schaffen und sichern Chancen für das Beste, das unsere Gesellschaft zu bieten hat – und das ist unser Nachwuchs.

Die NRW-Koalition und die Landesregierung aus CDU und FDP haben sich genau aus diesem Grund hohe Ziele gesetzt, auf die wir auch in den kommenden Jahren zusammen hinarbeiten werden. Mit dem vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2020 investieren wir in weltbeste Bildung. Dafür bedanke ich mich auch herzlich bei Ministerin Gebauer und dem ganzen Team im Ministerium für Schule und Bildung, das an diesem Haushaltsentwurf gearbeitet hat. Wir gehen zusammen den richtigen Weg. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Müller-Rech. – Jetzt spricht Herr Seifen für die AfD-Fraktion.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 05 – Schule und Bildung – umfasst mit fast 20 Milliarden Euro den größten Einzelposten im Haushalt des Landes NRW und liegt weit vor den anderen Einzelplänen. Wenn wir noch den Ansatz des Einzelplans 06 – Kultur und Wissenschaft – mit 9,5 Milliarden Euro dazunehmen, müssen wir feststellen, dass das Land NRW immerhin 29,5 Milliarden Euro für den Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur aufwendet, also knapp 37 % des Gesamthaushaltes.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Dann können Sie auch noch die Kitas dazunehmen!)

Das ist eine stolze Summe. Aber das Geld sollte uns nicht reuen, wenn wir bedenken, dass Investitionen in die Bildung der Kinder und Jugendlichen von entscheidender Bedeutung für die Wohlfahrt eines Gemeinwesens, seine Wirtschaftskraft, die materielle Absicherung seiner Bewohner sowie die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben sind.

Eine gebildete Bevölkerung ist die Voraussetzung für einen hochwertigen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und geistigen Zustand des jeweiligen Gemeinwesens. Unterentwickelte Staaten haben durchweg ein dysfunktionales Bildungssystem. Der ungeheure Wohlstand in Mitteleuropa, speziell in Deutschland, konnte nur von einer Bevölkerung erwirtschaftet werden, in der bis in die Arbeiterschaft hinein bestimmte Bildungsstandards vorzufinden waren.

Wenn man die finanziellen Aufwendungen des Einzelplans 05 betrachtet, könnte man der schwarz-gelben Regierung also nur voller Hochachtung zugestehen, dass sie scheinbar begriffen hat, wie wichtig Bildung ist und dass ohne Bildung die Zukunft eines Landes nicht zu gestalten ist. Damit wäre diese neue schwarz-gelbe Regierung schon einmal ein ganzes Stückchen weiter als die Vorgängerregierung von Rot-Grün, die gewissenlos den Bildungsbereich vernachlässigt hat.

Ach, es wäre doch so schön, wenn das alles wahr wäre! Aber nur für den oberflächlichen Betrachter ergibt sich das Bild einer treusorgenden Ministerin und eines einsichtigen Landeskabinetts. Denn schaut man sich den Haushalt des Einzelplans 05 genauer an, stellt man fest, dass die schlimmsten Schäden, welche durch die katastrophale Politik der Vorgängerregierung verursacht worden sind, nur ansatzweise beseitigt werden.

Ihre Reparaturen, sehr geehrte Frau Gebauer, bedeuten letztlich nur Flickschusterei. Sie haben nicht verstanden oder wollen einfach nicht akzeptieren,

dass die Schulmisere, die Sie angetroffen haben, nicht durch einzelne Fehlentscheidungen verursacht worden ist, sondern durch eine grundsätzlich falsche Zielsetzung der Schulpolitik, durch eine gewissenlose Zerstörung bewährter institutioneller, fachlicher und erzieherischer Strukturen, kurz gesagt, durch eine sozialistische Politik der Gleichmacherei und der Leistungsfeindlichkeit.

Aber Sie unternehmen hier nichts, um umzusteuern, sondern setzen den alten Weg der rot-grünen Schulphantasten fort. Sie müssten dringend auf die nachlassende Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler reagieren. Wenn NRW in den verschiedenen Leistungstests der Schülerschaft in fast allen Bereichen auf den unteren Plätzen landet, müsste es Ihre vornehmste Sorge sein, Frau Gebauer, dagegen Maßnahmen einzuleiten.

Immerhin gestehe ich Ihnen zu, dass Sie sorgenvoll schauen – im Gegensatz zum Kollegen Ott, der sich über diesen Leistungsabfall noch lustig macht. Aber anstatt die Übel der alten Regierung zu beseitigen, führen Sie die Tradition der sozialistischen Bildungspolitik fort, die überall, wo sie ihre zerstörerische Wirkung entfalten kann, das Schulwesen des jeweiligen Bundeslandes ruiniert.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Schauen Sie doch einfach einmal nach Bremen, Herr Müller. Bayern und Baden-Württemberg haben jetzt die Notbremse gezogen und den Nationalen Bildungsrat verlassen. Warum wohl? Sie haben bemerkt, dass eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten von SPD und Grünen in der Bildungspolitik immer zulasten der Qualität und immer zulasten des Wohls von Lehrern und Schülern geht.

Sie aber, Frau Ministerin – so ist zumindest mein Eindruck –, hängen immer noch dem Schulkonsens von 2010 an, der es der SPD und den Grünen ermöglicht hat, das Bildungssystem in NRW an die Wand zu fahren.

(Michael Hübner [SPD]: Frau Gebauer war schon immer Sozialistin! – Weitere Zurufe von der SPD)

So sorgen Sie, Frau Ministerin, höchstpersönlich dafür, dass die bedeutendste Herzensangelegenheit von Frau Löhrmann, das Landesinstitut QUA-LiS NRW, die notwendige finanzielle Aufmerksamkeit erhält, die Frau Löhrmann und Frau Beer sich gewünscht hätten.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Herr Ott, ich hoffe, die Bevölkerung nimmt wirklich zur Kenntnis, dass Sie sich über all diese Schandtaten, die Ihre Partei zusammen mit den Grünen zu verantworten hat, lustig machen und dass Ihnen das Wohl der Kinder und der Lehrer wirklich – an wem, sage ich jetzt nicht – vorbeigeht.

(Beifall von der AfD)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich finde es eine Chuzpe, hier so zu sitzen und sich über das zu amüsieren, was an den Schulen passiert. Gehen Sie doch einmal in die Schulen hinein! Dort haben die Lehrerinnen und Lehrer wirklich zu kämpfen. Und Sie sitzen hier und grinsen frech vor sich hin.

(Michael Hübner [SPD]: Gut, dass Sie da nicht mehr tätig sind! – Jochen Ott [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! Darüber muss man lachen!)

Im Haushaltsplan 2020 der schwarz-gelben Landesregierung erleben wir einen weiteren Zuwachs der Mittel für QUA-Lis NRW. Mittlerweile belastet das Landesinstitut den Haushalt mit rund 14,5 Millionen Euro. Das ist eine Erhöhung um fast 1 Million Euro gegenüber dem vergangenen Haushaltsjahr. Seit der neuen Amtsperiode der schwarz-gelben Landesregierung sind Mehrausgaben in Höhe von 4 Millionen Euro für das entsprechende Kapitel zu verzeichnen.

Dieses Landesinstitut betreibt zum Beispiel das rot-grüne Projekt des offenen Unterrichts in Form des Gemeinsamen Lernens, der kybernetischen Messoperation von Unterricht und der Marginalisierung der Lehrerrolle weiter. Hier müsste dringend umgesteuert werden, anstatt das alte Handwerk sozialistischer Unterrichtsmethodik weiterführen zu lassen.

Eine personelle Entschlackung des Instituts käme auch der Personalversorgung zugute. Gerade in Zeiten der angespannten Situation auf dem Lehrermarkt ist jede mögliche Rückführung von Lehrkräften in den Schuldienst notwendig – insbesondere dann, wenn es sich um Schulleiter handelt.

Wir haben mittlerweile Dutzende Schulen ohne Chef. Über alle Schulformen hinweg sind 707 Chefsessel und 939 Vize-Posten vakant. Bei den allgemeinbildenden Schulformen haben Grund-, Haupt- und Realschulen besonders hohen Bedarf. Nun wollen Sie die Probleme nur mit Geld lösen. Das funktioniert so nicht.

Sie schaffen Talentschulen in NRW und sorgen dort für Unruhe. Hauptsache, der Name stimmt! Mittlerweile hat sich aber auch im Land herumgesprochen, dass „Talentschule“ ein Euphemismus für „Brennpunktschule“ ist. Das hilft in Wahrheit nicht den Kindern, sondern soll höchstens einen Anreiz für Lehrer darstellen, an diese Schule zu wechseln. Damit bringen Sie Unruhe in die Schulen, in denen sich Lehrerinnen und Lehrer seit Jahren bemühen und ihre Nerven aufreiben, um dort mit der Situation fertigzuwerden.

Ich sage Ihnen: Mit Geld alleine werden Sie die Zerstörung der rot-grünen Schulpolitik nicht beseitigen können. Sie müssen radikal umsteuern und das

Schulwesen wieder auf bewährte institutionelle, organisatorische und unterrichtliche Instrumente stützen.

Dazu gehört in erster Linie die Stärkung des gegliederten Schulsystems mit der Schaffung von Lerngruppen, in denen zielgleich unterrichtet wird.

Sie haben einfach nicht den Mut gehabt, völlig umzusteuern und das völlig verrückte zieldifferente Unterrichten nicht mehr zu unterstützen. Sie müssen die Förderschulen stärken und das Experiment von zieldifferentem Unterricht beenden.

Sie aber setzen weiter Mittel für das unsinnige Inklusionsexperiment mit zieldifferenten Lerngruppen ein. Darüber hinaus sehen Sie im Haushalt auch Mittel für den Modellversuch „Längeres Gemeinsames Lernen“ vor.

(Michael Hübner [SPD]: Die Sozialisten haben dafür gesorgt, dass er Schulleiter wird!)

Merken Sie sich das, Frau Gebauer: Diese Form des Unterrichts ist einfach gescheitert.

Fragen Sie einmal diejenigen, die bei der Beratung 2008/2009 – da war es auch eine schwarz-gelbe Regierung – im Hintergrund mit beraten haben. Alle Experten haben damals davon abgeraten, zieldifferent zu unterrichten.

(Zuruf: Das ist einfach falsch!)

Es ist trotzdem gegen den Rat dieser Experten rücksichtslos durchgesetzt worden.

(Widerspruch von der SPD)

Hören Sie damit auf. Ich weiß, wovon ich rede – Sie nicht.

(Lachen von Jochen Ott [SPD] – Zuruf: Falsche Selbstwahrnehmung! – Weitere Zurufe)

Das verdeutlichen nicht nur die Testergebnisse der Schüler. Das offenbaren nicht nur die Studienabbrucherquoten. Das sagen auch die Studien aus, welche die Effizienz unterschiedlich zusammengesetzter Lerngruppen untersucht haben.

(Jochen Ott [SPD]: Wer Herrn Witzel als Sozialisten beschimpft, hat keine Ahnung!)

Und vor allem: Das spiegelt auch das Verhalten von immer mehr Eltern, die ihre Kinder an Privatschulen anmelden, um der Unordnung zu entgehen, die es zumindest partiell an den öffentlichen Schulen gibt.

Im vergangenen Schuljahr haben über 1 Million Schülerinnen und Schüler eine Schule in freier Trägerschaft besucht. Damit wurde zum ersten Mal die Millionenschwelle überschritten – so der Verband Deutscher Privatschulen NRW.

Das ist eine Entwicklung, die wir nicht gutheißen. Wir wollen ein gut funktionierendes öffentliches Schulwesen haben.

Ihre neueste Idee zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs wird ebenfalls schnell verpuffen und birgt ein gewaltiges Spaltungspotenzial. Was die Lehrerinnen und Lehrer anderer Schulstufen stört, ist nicht das niedrige Gehalt; es sind die unsäglichen Arbeitsbedingungen, die durch die Politik der vergangenen 20 Jahre erst geschaffen worden sind und die von dieser schwarz-gelben Landesregierung aus Gründen der falsch verstandenen Toleranz nicht angepackt werden.

Ich sage Ihnen: Mit diesem Haushalt in diesem Einzelplan werden Sie keine grundlegende Änderung herbeiführen. Sie müssen weitere Operationen durchführen, damit das, was unter Rot-Grün schiefgelaufen ist, wieder einigermaßen gerade gerichtet werden kann. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Jetzt spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Gebauer.

(Michael Hübner [SPD]: Die Sozialistin von der FDP! – Gegenruf: Tun Sie den Sozialisten kein Unrecht! – Heiterkeit von der CDU, der SPD und der FDP – Weitere Zurufe – Helmut Seifen [AfD]: Lachen Sie ruhig alle!)

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits einiges zum Einzelplan 05 gesagt. Ich könnte jetzt auf vieles eingehen. Aber lassen Sie mich nur einige Aspekte nennen.

Lieber Herr Seifen, Sie haben gesagt, dass Sie wissen, wovon Sie reden. Dem muss ich leider widersprechen – und nicht nur beim Thema „Inklusion“.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ganz kurz für Sie als Information in Sachen Bildungspolitik: Es war die FDP, die dem Schulkonsens nicht zugestimmt hat. Das sollten Sie vielleicht wissen.

(Helmut Seifen [AfD]: Danke schön! Das ehrt Sie! Es tut mir leid!)

Meine Damen und Herren, Fakt ist, dass wir heute über den größten Schuletat beraten, den es jemals in der Geschichte unseres Landes gegeben hat. Insgesamt beträgt die Summe des Einzelplan 05 knapp 20 Milliarden Euro. Das sind über 1,2 Milliarden Euro mehr als im vorangegangenen Jahr, was einer Steigerung um 6,56 % entspricht.

Die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat oberste Priorität. Diese beste Bildung braucht auch optimale Rahmenbedingungen. Daran arbeiten wir als Landesregierung, daran arbeite ich als zuständige Schul- und Bildungsministerin jeden Tag unter Hochdruck.

Wir schaffen zur Umsetzung unserer bildungspolitischen Ziele 889 neue Stellen im Schulbereich. Wir streichen, wie versprochen, die letzten 310 kw-Vermerke der Vorgängerregierung im Lehrerstellenhaushalt. Wir tun also genau das, was wir auch angekündigt haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dieser dritte Haushalt, den die NRW-Koalition vorlegt, ist Anlass genug für eine kurze Zwischenbilanz. Im Vergleich zum letzten Haushalt der Vorgängerregierung im Jahre 2017 investieren wir zusätzlich über 2,2 Milliarden Euro in die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen.

Wir haben seit 2017 über 6.000 kw-Vermerke gestrichen und über 3.100 neue Lehrerstellen geschaffen. Wenn Sie hier vom „Sparschwein MSB“ des Finanzministers reden, muss ich Ihnen sagen: Es ist das Sparschwein von Rot-Grün gewesen, diese Stellen kw zu setzen. Diese Stellen wären alle verloren gegangen, wenn wir die kw-Vermerke nicht gestrichen hätten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für die Inklusion geben wir im Vergleich zu dem Jahr 2017 über 2.700 zusätzliche Stellen in unsere Schulen. Bis zum Schuljahr 2023/2024 werden es weit über 6.000 zusätzliche Stellen sein, die wir für das gemeinsame Lernen bei uns in Nordrhein-Westfalen schaffen. Sie sehen: Auch hier halten wir Wort.

Mit dem Haushaltsentwurf 2020 stellen wir 840 weitere Stellen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Inklusion bereit. So schaffen wir die notwendigen Bedingungen für eine qualitative Verbesserung der Inklusion.

Ein weiterer Bereich, den ich ansprechen möchte, ist die Offene Ganztagschule. Wir investieren seit dem Jahr 2017 fast 110 Millionen Euro zusätzlich in die Offene Ganztagschule. Über die Fördersätze hat Herr Kollege Rock bereits berichtet, über die Anzahl der Gesamtplätze Frau Kollegin Müller-Rech. Wir haben die Platzzahl um weit mehr als 22.000 erhöht. Alle beantragten Plätze sind seitens der Landesregierung auch genehmigt worden.

Alle diese großen Zahlen zeigen, wie wichtig dieser Landesregierung die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der FDP – Christian Dahm [SPD]: Wahnsinn, ihr könnt ja klatschen!)

Meine Damen und Herren, es ist mir ein großes Anliegen, die Versorgung der Schulen mit Schulpsychologinnen und Schulpsychologen stetig zu verbessern. Denn das ist eine Maßnahme, mit der wir auf die stetig wachsenden Herausforderungen unserer Gesellschaft, die sich auch in unseren Schulen widerspiegeln, reagieren und reagieren müssen. Darum haben wir die Zahl der Stellen für die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen um weitere 50 erhöht.

Ein Thema, das auch schon angesprochen wurde, ist die Erinnerungskultur. Sie alle kennen den Satz: Wer sich nicht an die Vergangenheit erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen. – Wir brauchen gerade heute zeitgemäße Formen des Erinnerns, die die Schülerinnen und Schüler ansprechen und ihnen Berührungspunkte zur Gegenwart verdeutlichen.

Um dieses Erinnern anschaulich zu gestalten, unterstützen wir die Gedenkstättenfahrten finanziell. Ich darf Ihnen sagen, dass die Resonanz der Schulen überwältigend groß ist. Mit diesem Haushalt 2020 stellen wir unseren Schulen 1 Million Euro zur Verfügung. Das sind noch einmal 500.000 Euro mehr als im Jahr 2019. Unter Rot-Grün gab es dafür übrigens keinen einzigen Cent. Wir hingegen sehen 1 Million Euro für die Gedenkstättenfahrten vor.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, beste Bildung können wir nur ermöglichen, wenn wir die Personalversorgung unserer Schulen deutlich verbessern. Wir lassen nichts unversucht, um offene Stellen auch zu besetzen.

Dass unsere Schulen gegenwärtig, aber auch in den folgenden Jahren vor einer sehr schwierigen Situation stehen, ist hinreichend bekannt. Die Versäumnisse liegen aber in der Vergangenheit. In der Vergangenheit wurden die Lehrbedarfe nicht kontinuierlich erfasst und die Studienkapazitäten nicht nach dem Bedarf ausgebaut. Die Grundschulen leiden unter dieser Nachlässigkeit, unter dieser Fahrlässigkeit enorm.

Wir stellen uns aber diesen Herausforderungen. Gemeinsam mit meiner Ministerkollegin, Frau Pfeiffer-Poensgen, und den Hochschulen haben wir die Studienkapazitäten dauerhaft erhöht – im Grundschullehramt um weitere 300 Bachelorstudienplätze und im Lehramt für Sonderpädagogik um noch einmal 500 Plätze.

Da die Gesamtschulen als Schulform hier schon einmal genannt worden sind, möchte ich gerne auch auf diese Schulform im Besonderen eingehen. Wir haben bereits mit dem Haushalt 2019 das Verhältnis von Sekundarstufe-I-Stellen zu Sekundarstufe-II-Stellen an den Gesamtschulen deutlich verbessert, nämlich von 44 auf 47 %. Ich bin froh und dankbar, dass wir diese Möglichkeit geschaffen haben, weil

sie den Schulen enorm hilft. Das waren für das Haushaltsjahr 2019 über 600 Stellen. Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2020 können weitere 350 Einstellungsmöglichkeiten für Studienrätinnen und Studienräte an den Gesamtschulen hinzukommen. Das ist eine Maßnahme, mit der wir die Schulform Gesamtschule aktiv unterstützen.

Wenn es um Unterstützung geht, erinnere ich auch an das Dritte Maßnahmenpaket zur Gewinnung von Lehrkräften, das wir in der vergangenen Woche vorgelegt haben. Mit diesem Maßnahmenpaket nehmen wir nun ganz gezielt die Schulen in den Blick, die in Abhängigkeit von der Region, der Schulform oder auch der Fächerkombination ganz besonders große Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung haben.

Dafür nutzen wir konsequent die Spielräume, die uns das Besoldungsrecht bietet. Ab 2020 können diese Schulen bei Neueinstellungen von Lehrkräften mit entsprechender Lehramtsbefähigung – das ist wichtig – Zuschläge in Höhe von monatlich 350 Euro brutto befristet für zweieinhalb Jahre zahlen. Voraussetzung ist, dass es der Schule in den vergangenen zwölf Monaten nicht gelungen ist, im Listenverfahren, im Ausschreibungsverfahren oder im Versetzungsverfahren eine geeignete Bewerberin oder einen geeigneten Bewerber zu finden.

Meine Damen und Herren, das waren nur einige wenige Beispiele, die ich in der Kürze der Zeit aufzeigen konnte, wie wir den Haushaltsentwurf 2020 gestaltet haben. Die Gestaltung soll dazu dienen, dass wir die Schulen gezielt bei ihren zentralen Zukunftsaufgaben unterstützen werden. Das wird auch noch über den Haushalt 2020 hinaus erfolgen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Ministerin Gebauer. – Jetzt spricht Frau Hannen für die FDP-Fraktion.

Martina Hannen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch im dritten Jahr in Folge setzen wir die Trendwende in der Bildungspolitik konsequent fort und verstetigen den dringend notwendigen Kurswechsel.

Davon profitieren natürlich nicht nur die allgemeinbildenden Schulen, sondern auch die berufliche Bildung und die Weiterbildung; denn eines sollte allen klar sein: Die berufliche Bildung mit all ihren Lehrkräften, Ausbilderinnen und Ausbildern und vor allem mit den Auszubildenden ist für unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft von unschätzbarem Wert.

Viel zu lange hat man geglaubt, dieses deutsche Erfolgsmodell laufe von ganz alleine und bedürfe keiner besonderen Beachtung und Pflege – ein paar lobende Worte am Sonntag, ein paar Bestenehrungen,

und schon läuft der Laden. Dies ist aber mitnichten so.

Wer auf die Praktiker in den Schulen und Betrieben hört, weiß schon länger, dass an vielen Stellschrauben nachjustiert werden muss und noch große Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Erfolgsmodell der beruflichen Bildung und vor allem ihre Chancen und Potenziale langfristig zu sichern.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Die Jahre der Untätigkeit haben dazu geführt, dass die Herausforderungen nicht weniger und die Problemstellungen nicht einfacher geworden sind. Gut, dass diese Jahre vorbei sind und die NRW-Koalition sich dieses Thema gemeinsam mit unserer Landesregierung auf die Fahnen geschrieben hat und unter Hochdruck an umfassenden Verbesserungen und Weiterentwicklungen arbeitet.

Aktuell laufen die letzten Gespräche im Rahmen der „Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung“. Nach der gemeinsamen Auswertung der Ergebnisse werden wir im kommenden Jahr die notwendigen Maßnahmen in einzelnen Handlungsfeldern umsetzen und die berufliche Bildung auf einen zukunftsfähigen Weg bringen.

Dazu gehört auch, dass wir die Berufsberatung an den Schulen stärken und die Übergangsbetreuung im Programm KAOA sicherstellen. Deshalb stellen wir mit dem Haushalt 2020 nahezu 750 Ausgleichstellen für die Berufswegeplanung und zur Übergangsbetreuung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf bereit.

In diesem Bereich kümmern wir uns außerdem um Inklusion an den Berufskollegs und lassen die Kolleginnen und Kollegen mit den Herausforderungen der Inklusion am Berufskolleg nicht allein. Insgesamt stellen wir 427 Mehrbedarfsstellen zur Unterstützung des Inklusionsprozesses und für multiprofessionelle Teams zur Verfügung und stärken auch so das ganz wichtige Feld der beruflichen Bildung.

Auch beim Thema „Talentschulen“, das hier so häufig angesprochen wird, zeigt sich, dass die NRW-Koalition die Bedürfnisse der beruflichen Bildung ernst nimmt und die Leistungen, die tagtäglich in diesem Bereich an unseren Berufskollegs erbracht werden, zu schätzen weiß.

Für die 15 Berufskollegs stehen jeweils mindestens vier Stellen für die Talentschulprofile in den Bildungsgängen der Anlagen A und B zur Verfügung. Die NRW-Koalition hat aber nicht nur die Ausbildung zu Beginn der beruflichen Laufbahn im Blick, auch das Thema „Weiterbildung und lebenslanges Lernen“ finden im Haushalt 2020 ihren Ansatz.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Für diesen Bereich werden die Ansätze von 52,1 Millionen Euro um weitere 6 Millionen Euro erhöht, was ein wichtiges und gutes Signal für den Bereich der Weiterbildung ist.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Der Haushalt 2020 ist ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Im Sinne der beruflichen Bildung freue ich mich, freuen wir als NRW-Koalition uns darauf, die Beratungen im kommenden Jahr weiterzuführen sowie darauf, den Weg dann hoffentlich gemeinsam gehen zu können. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Hannen. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit schließe ich die Aussprache zu Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung.

Vereinbarungsgemäß führen wir jetzt keine Abstimmung durch. Diese wird nach 14 Uhr nachgeholt.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8002

(Monika Düker [GRÜNE]: Der ist aber nicht da!)

– Er ist nicht da? Dennoch folgt, wie vorgesehen, der Einzelplan 02 – Ministerpräsident.

Wir beraten diesen Einzelplan in vier Unterpunkten von a bis d. Zunächst:

a) Staatskanzlei

(Der Ministerpräsident betritt den Saal.)

– Herr Ministerpräsident, das Haus hat magische Kräfte. Man rief, Sie seien nicht da, und schon sind Sie hier.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Weil Frau Düker ihn gerufen hat!)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Müller-Witt von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herrn! Es ist Aufgabe des Hauptausschusses, sich kritisch unter anderem mit dem Haushalt des Ministerpräsidenten zu befassen.

Neben dem Haushalt der Staatskanzlei im engeren Sinne gehören dazu auch der Bereich der Antisemitismusbeauftragten wie auch die im Einzelplan 02

das sich über globale Fragen hinaus intensiver mit Medienpolitik in Deutschland beschäftigen muss, das europäische Perspektiven ...

(Zuruf)

– Ja, das heißt aber nicht, dass man ein Forum beibehalten muss, nur weil das nächste Jahr seinen 30. Geburtstag gefeiert hätte.

Ich war bei den allerersten Foren mit dabei. Ich war mit 27 oder 28 stellvertretendes Mitglied der LfR-Rundfunkkommission. Das war einmal das Forum in Deutschland, bei dem diskutiert wurde. Kein Sachverständiger hat zum Ende dieses Forums gesagt: So wie es ist, soll es bleiben. – Man braucht neue Wege, und die wollen wir gehen. Anregungen greifen wir gerne auf.

Im Rahmen der Ruhr-Konferenz haben wir ebenfalls noch mal fünf regionale Medienprojekte mit auf den Weg gebracht. Das Projekt RuhrReporter will jungen Menschen, die Journalistinnen und Journalisten werden, ein neues crossmediales Einstiegsangebot machen. Wir haben eine Jugendredaktion Ruhr, und wir haben ein Mentorenprogramm für mehr Diversität im Lokaljournalismus, wo sich junge Kolleginnen und Kollegen mit Zuwanderungsgeschichte im Bereich der lokalen Berichterstattung wiederfinden können. All das ist über die Ruhr-Konferenz angeregt worden. Insofern bitte ich um Zustimmung zum Medienhaushalt 2020.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Da keine weiteren Wortmeldungen angemeldet wurden und vorliegen, kann ich zum Teilbereich d) Medien die Aussprache an dieser Stelle schließen. Wir sind damit auch am Ende der Aussprache zum Einzelplan 02.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8002, den Einzelplan 02 unverändert anzunehmen. Deshalb würde ich gerne die Abstimmung über den Einzelplan 02 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung durchführen. Wer also dem Einzelplan 02 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen im Haus? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 02 in zweiter Lesung angenommen.**

Bevor ich den Einzelplan 07 aufrufe, müssen wir noch einmal zum Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – zurückkommen. Sie erinnern sich, dass wir in der Mittagszeit die Abstimmung dazu

verabredungsgemäß ausgesetzt haben. Diese können wir jetzt aber durchführen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8005, den Einzelplan 05 unverändert anzunehmen. Auch hier stimmen wir über den Einzelplan selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer also diesem Einzelplan 05 – Ministerium für Schule und Bildung – zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Vorsichtshalber frage ich auch hier nach Enthaltungen. – Die gibt es nicht. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 05 in zweiter Lesung ebenfalls angenommen.**

Ich rufe auf:

Einzelplan 07 Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8007

Wir debattieren in zwei Teilbereichen. Ich rufe den ersten Teilbereich auf:

a) Familie, Kinder und Jugend

Ich eröffne die Aussprache. Herr Dr. Maelzer hat für die SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister Dr. Stamp, das ist mittlerweile der vierte Haushalt, den Sie als Minister verantworten. Vier Haushalte, da müsste man eine eigene Handschrift erkennen können. Daher bin ich gespannt, ob die Redner der regierungstragenden Fraktionen gleich wieder in erster Linie Rückschau betreiben werden.

Mit diesem Haushalt stellen Sie die Weichen für ein Kinderbildungsgesetz, das Ihren Vorstellungen entspricht.

(Unruhe – Glocke)

Leider entspricht es nicht den Vorstellungen der Betroffenen. Wir werden morgen ja ausreichend Gelegenheit haben, uns über das KiBiz auseinanderzusetzen.

Die häufigste Kritik ist jedoch, dass damit zu viel Status quo verbunden ist. Das zeigt sich auch mit diesem Haushalt. Dem Ministerium war es nicht möglich, zu erklären, woraus sich die Finanzentwicklung im KiBiz-Deckungskreis ergibt. Sind es zusätzliche

